Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf
Tel. 0211-994160 Fax 0211-9941615
info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat-nrw.de

Landesintegrationsrat NRW

Pressemitteilung vom 03. Dezember 2011

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen fordert Staatstrauertag für die Opfer des rechten Terrors

Die Delegierten des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen haben auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung am Samstag 03. Dezember 2011 eine Resolution verabschiedet, in der sie Bundespräsident Wulff auffordern, der Opfer des rechten Terrors in Form eines offiziellen Staatstrauertages zu gedenken.

Die Sitzung stand vom Beginn an unter dem Zeichen der aktuellen Ereignisse und begann mit einer Schweigeminute für die Opfer der Neonazis.

Der Vorsitzende des Landesintegrationsrates, Tayfun Keltek, sagte nach dem Verlesen der Namen der Opfer:

„Politisch Verantwortliche wie auch große Teile der Öffentlichkeit müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass rassistisch motivierte Gewalt und rechtsextreme Anschläge in Zusammenhang mit den öffentlichen Debatten über Zuwanderung und Asylpolitik stehen. Rechte Straftäter können sich sehr schnell als Vollstrecker des ‚Volkswillens' legitimiert fühlen. Entsprechende Stellungnahmen prominenter Politiker bestärken sie in ihrem Tun."

Die Delegierten brachten auch ihre Empörung über die Verhöhnung der Mordopfer zum Ausdruck, in dem in der Öffentlichkeit nur von „Döner-Morden" berichtet wurde. „Der Staat ist nicht nur auf dem rechten Auge blind, er schaut nicht mal hin, wenn es um Migranten geht. Offensichtlich hat der Verfassungsschutz jede Spur, die zu den Tätern führen könnte, ignoriert. Nach wie vor verweigern die Verfassungsschützer bei der Aufklärung die Mitarbeit", so die Meinung vieler Delegierter.

Der Landesintegrationsrat fordert von Bund, Ländern und Kommunen deutliche und nachhaltige Konsequenzen aus den rechtsextremen terroristischen Morden und Anschlägen durch konkrete Maßnahmen.

Auch die Integrationsräte und Integrationsausschüsse werden vor Ort aktiv werden, in dem sie fordern, dass alle relevanten Akteure offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten.
Zur vorbeugenden Unterbindung rechtsextremer Ideologien fordern sie, dass Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen.